Die Stimme der Beschäftigten im Handwerk

www.vizepraesidenten.de

Dortmunder Erklärung der Arbeitnehmer-Vizepräsidentinnen und -präsidenten der Handwerkskammern

Sozialstaat reformieren, aber gerecht!

Die Bundesregierung hat im Frühsommer Reformvorschläge vorgelegt, mit welchen die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest gemacht werden sollen. Aktuell läuft die Debatte, wie diese in Gesetze überführt werden. Reformen sind notwendig. Beschäftigte wie Betriebe müssen sich darauf verlassen können, dass der Sozialstaat auch künftig trägt und ein belastbares Zukunftsversprechen gibt. Die Arbeitnehmer-Vizepräsidentinnen und -präsidenten beteiligen sich an der Debatte als Stimme der mehr als fünf Millionen Beschäftigten im Handwerk.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tragen entscheidend dazu bei, dass das Handwerk Umsätze in Höhe von 770 Milliarden Euro erzielt. Um das Handwerk in die Zukunft zu bringen, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen wie die sozialen Sicherungssysteme, die diese Leistung anerkennen. Die Sozialversicherung – Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung – basieren auf Beiträgen der Versicherten und Betriebe. Wer einzahlt, hat auch Anspruch auf Leistungen. Damit dieses Versprechen dauerhaft trägt, müssen Solidarität und Eigenverantwortung zusammengedacht werden – Geben und Nehmen müssen im Gleichgewicht bleiben.

Für die anstehenden Reformen heißt das:

- Notwendige Reformen dürfen jedoch nicht zu Lasten derjenigen gehen, die tagtäglich mit ihrer Arbeit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Handwerk sichern.
- Keine Kürzungen von Leistungen der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Einschränkungen bei Lohnfortzahlung, Krankengeld und die Einführung von Karenztagen tragen nicht dazu bei, alternsgerechtes Arbeiten zu ermöglichen.

- Erhalt des 8-Stunden-Tages: Was uns jetzt als „Flexibilisierung von Arbeitszeit“ verkauft wird, führt nicht dazu, die Attraktivität von Berufen zu steigern, für die bereits jetzt Fachkräfte händeringend gesucht werden. Die geplante Deregulierung des Arbeitszeitgesetzes führt zu einer Mehrbelastung und damit zu einer Steigerung der Erkrankungen wie auch der Zahl der Unfälle und somit zu einer weiteren Erhöhung der Kosten für das Gesundheitssystem.
- Eine flächendeckende qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung bedeutet insbesondere, dass es einen schnellen Zugang zu fachärztlicher Versorgung gibt, um Genesungsprozesse zu beschleunigen und Beschäftigte den Betrieben früher wieder zur Verfügung stehen. In den Fokus müssen auch Prävention und betriebliches Gesundheitsmanagement rücken.
- Risiken stärker privat abzusichern, geht an der Realität vorbei: Viele Beschäftigte im Handwerk können sich das schlicht nicht leisten!
- Wo Instrumente auf den Prüfstand gestellt werden, braucht es daher klare soziale Leitplanken, damit niedrige und mittlere Einkommen nicht zusätzlich belastet werden.

Um die Zukunft des Handwerks zu sichern, bedarf es sozialverträglicher Reformen, die die Attraktivität des Handwerks stärken und dazu beitragen, Fachkräfte für das Handwerk zu gewinnen und langfristig zu binden. Das gilt sowohl für die Sozialversicherung wie auch bei der Rahmensetzung für Arbeitsbedingungen. Ziel muss es sein, den Alltag der Beschäftigten konkret zu verbessern und das Handwerk als Ausbildungs- und Arbeitsort zu stärken.

Das Handwerk mit seinen mittelständischen sowie Klein- und Kleinst-Betrieben profitiert von einem handlungsfähigen Staat, der die Rahmenbedingungen fair gestaltet und mit Zukunftsinvestitionen die nötigen Impulse setzt. Hierzu gehört insbesondere eine faire Lastenverteilung, ein gerechtes Steuersystem, eine ausreichend finanzierte Sozialversicherung und öffentliche Infrastruktur.

Gez. Joachim Noll **Gez. Alexander Hengst** **Gez. Kathrin Zellner** **Gez. Jens Roost**